

Mieter_innenbewegungen der Gegenwart: Postidentitär und postautonom

Rezension zu Lisa Vollmer (2019): *Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität*. Wiesbaden: Springer VS

Sebastian Schipper

Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt hat in vielen Städten weltweit eine neue Welle von Verdrängungsprozessen induziert und insbesondere die Situation von einkommensschwachen Haushalten häufig prekär werden lassen. Angesichts dieser Entwicklungen haben sich vielerorts mietenpolitische Bewegungen konstituiert, die sich für eine Abkehr von einer neoliberalisierten und zunehmend finanzialisierten Wohnungsversorgung einsetzen. In der Stadt- und Bewegungsforschung haben diese Initiativen und die mit ihnen verbundenen wohnungspolitischen Konflikte in jüngerer Zeit wieder verstärkt Aufmerksamkeit erhalten (vgl. z. B. Birke/Hohenstatt/Rinn 2015; Bradley 2014; Diesselhorst 2018; Gray 2018; Madden/Marcuse 2016; Mattern 2018; Rink/Vollmer 2019; Scheller 2019; Schipper 2018; Wills 2016; Vogelpohl et al. 2017). Die Forschungsarbeit von Lisa Vollmer reiht sich hier ein und stellt am Beispiel sozialer Bewegungen in Berlin und New York die Frage ins Zentrum, wie sich politische Kollektivität in den alltäglichen Praktiken von Mieter*innen formiert.

Konzeptionell grenzt sie sich dabei sowohl von bestimmten marxistischen Theorien, die politische Kollektivität über ein objektiv gegebenes Interesse von Menschen in gleicher Klassenlage erklären, als auch von solchen poststrukturalistischen Ansätzen ab, die eine feststehende geteilte Identität als Ausgangspunkt sozialer Bewegungen in den Vordergrund rücken. Ausgehend von der postfundamentalistischen Sozialtheorie von Ernesto Laclau kann die Autorin derartigen Essentialisierungen entkommen und nach der Genese politischer Kollektivität fragen, indem sie die partikularisierenden (d. h. ein hegemoniales Projekt anzweifelnden) sowie die universalisierenden (d. h. ein eigenes, positives hegemoniales Projekt aufbauenden) Praktiken akzentuiert, die geteilte Interessen hervorbringen und gemeinsame Identitäten konstruieren und erst so ein politisches Subjekt entstehen lassen. Insbesondere für die Untersuchung mietenpolitischer Bewegungen ist ein derartiger theoretischer Zugang äußerst fruchtbar, da die Praxis, zur Miete zu wohnen, erst einmal keine Grundlage für eine gemeinsame Identität bildet und zudem Klassenstruktur und soziale Zusammensetzung in städtischen Nachbarschaften oft heterogen sind.

Abb. 1 Titel des Buches (Springer Verlag)



Vollmers postfundamentalistischer Ansatz ist in seiner empirischen Anwendung sowohl in historischer als auch in mikrosoziologischer Perspektive erkenntnisreich. Historisch kann die Autorin am Beispiel der mietenpolitischen Bewegungen in Berlin und New York seit dem 19. Jahrhundert herausarbeiten, dass sich die Art der Formierung politischer Kollektivität nicht wandelt. Stets gehen geteilte Interessen und Identitäten ihr nicht voraus, sondern bilden sich erst durch alltägliche Praktiken, welche hegemoniale Ordnungen aufbrechen, neue Deutungsangebote schaffen und einen universellen Horizont aufspannen. Was sich allerdings im historischen Verlauf ändert, ist die Ausprägung politischer Kollektivität. Diese entwickelt sich in Abhängigkeit von den spezifischen Regulationsweisen kapitalistischer Entwicklung sowie den jeweils hegemonialen Regierungstechniken.

Unter den Bedingungen des *Laissez-faire*-Kapitalismus bis Anfang des 20. Jahrhunderts beruhten die partikularisierenden Praktiken der in den beiden Städten erstmals entstehenden Mieter*innenbewegungen beispielsweise auf nachbarschaftlicher Solidarität, die sich vor allem gegen die privaten Vermieter*innen als Feindbild richtete. Angesichts einer völlig unregulierten Wohnraumversorgung bezogen sich die universalisierenden Praktiken der Bewegungen auf die Einforderung staatlicher Interventionen, auf die eigene Interessenvertretung im sich etablierenden Wohlfahrtsstaat sowie auf den Aufbau von Formen der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

Im Vergleich dazu haben sich die alltäglichen Praktiken und damit auch die Ausprägung politischer Kollektivität mietenpolitischer Bewegungen seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren tiefgreifend gewandelt. Unter den Bedingungen fordistisch-wohlfahrtsstaatlicher Regulationsmodi richteten sich die partikularisierenden Praktiken in beiden betrachteten Fallbeispielen nicht mehr gegen private Eigentümer*innen, sondern primär gegen die normierenden Zugriffe staatlicher Institutionen beziehungsweise gegen stadtplanerische Eingriffe, die durch Flächensanierung und den Abriss bezahlbaren Wohnraums gewachsene Nachbarschaften zerstörten. In ihren universalisierenden Praktiken etablierten die anti-fordistisch ausgerichteten städtischen Bewegungen lokale Identitäten und eigene autonome Räume, wodurch sich eine politische Kollektivität formierte, die Vollmer als identitär und autonom charakterisiert. Der Fokus der Mieter*innenbewegungen lag zu dieser Zeit klar auf Selbstverwaltung und dem Streben nach Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen, was sich konkret in Hausbesetzungen und dem Aufbau von kollektiven Eigentumsformen jenseits von Staat und Kapitalverwertung manifestierte.

In Kontrast zu den ersten beiden historischen Phasen mietenpolitischer Kämpfe arbeitet Vollmer in mikrosoziologischer Perspektive und auf Basis einer sechsjährigen teilnehmenden Beobachtung in Berlin (2012-2017) beziehungsweise einer fünfmonatigen Feldforschung in New York (2012/13) anschaulich heraus, dass sich die partikularisierenden Praktiken gegenwärtiger Bewegungen zwar weiterhin an Mieterhöhungen, Verdrängungserfahrungen und dem drohenden Verlust von bezahlbarem Wohnraum entzünden. Allerdings wenden sie sich nun auch gegen neoliberale Regierungstechniken, welche daher – so das Ergebnis ihrer Analyse – umgekehrt auch strukturierend auf die Ausprägung politischer Kollektivität einwirken. Exemplarisch analysiert die Autorin die strukturierende Wirkung neoliberaler Regulationsmodi

auf die partikularisierenden Praktiken der mietenpolitischen Bewegungen anhand der drei Strategien der Bevölkerungspolitik der ‚Sozialen Mischung‘ als Legitimation für Verdrängung, der Regierung durch Gemeinschaft sowie der Einhegung durch Partizipation. Wie ihre Feldforschungen und die Auswertung öffentlicher Verlautbarungen verdeutlichen, beziehen sich beide Mieter*innenbewegungen in ihrer Praxis auf diese Strategien und brechen dabei die Vorstellung einer ‚unternehmerischen Stadt‘ auf, konstruieren ein eigenes, positives Bild von Gemeinschaft und eignen sich offizielle Partizipationsveranstaltungen subversiv an.

Auf Basis narrativer Interviews mit Mieter*innen im öffentlichen Wohnungsbau in New York sowie mit Vertreter*innen der Nachbarschaftsinitiative Kotti & Co in Berlin kann die Autorin darüber hinaus zeigen, dass die heterogenen Mitglieder der Initiativen die Erfahrungen von Ohnmacht und Stigmatisierung sowie ökonomischen und rassistischen Ausschlüssen eint. Die Vergemeinschaftung dieser Erfahrungen bildet die Grundlage für universalisierende Praktiken, die Vollmer als postidentitär und postautonom beschreibt. Im Unterschied zu den anti-fordistischen Bewegungen der 1970er Jahre etablieren die gegenwärtigen Mieter*innenbewegungen keine auf Differenz beruhende Identität, grenzen sich nicht subkulturell ab und geben auch keine dogmatische ideologische Orientierung vor. Vielmehr rufen sie postidentitär ein universelles ‚Wir‘ an und beanspruchen, für die Allgemeinheit zu sprechen; jedoch – im Unterschied zur klassischen Arbeiter*innenbewegung – ohne Diversität einzuebnen, Fragen der Identität auszublenden oder Differenz zu negieren.

Als postautonom sind die Praktiken zu charakterisieren, da einerseits die Autonomie gegenüber staatlichen Institutionen angesichts eines Abbaus sozialstaatlicher Sicherung und der Dominanz marktwirtschaftlicher Prinzipien keine wesentliche Forderung mehr darstellt, sondern vielmehr staatliche Handlungsmacht wieder zur Verteidigung des Gemeinwohls eingefordert wird. Andererseits sind die klar außerparlamentarisch ausgerichteten Mieter*innenbewegungen zugleich aber nicht anti-autonom oder staatsgläubig. Angesichts der jahrzehntelangen Erfahrungen mit staatlichen Politiken der Privatisierung, der Deregulierung und der Liberalisierung der Wohnungsversorgung sind sie von einer deutlichen Skepsis gegenüber etablierten Parteien und staatlichen Institutionen geprägt. Sichtbar wird dieses Misstrauen etwa in wohnungspolitischen Forderungen nach Selbstverwaltung und Demokratisierung, wodurch die Spielräume staatlicher Entscheidungsträger*innen eingehengt und kontrolliert werden sollen. Zentral ist für Vollmer dabei das Argument, dass die postidentitäre und postautonome Ausprägung der politischen Kollektivität gegenwärtiger Mieter*innenbewegungen nicht funktionalistisch oder ideengeschichtlich zu erklären ist und auch nicht als strategische Abwägung interpretiert werden kann. Stattdessen stellt sie überzeugend heraus, dass die spezifische Ausprägung der politischen Kollektivität auf neoliberale Regierungstechniken und deren Krise zurückzuführen ist. Für viele Mieter*innen ist sie anschlussfähig, da „sie strukturelle Erfahrungen der neoliberalen Hegemonie und ihrer Ausschlüsse aufgreift und verallgemeinert“ (S. 279).

Obschon es den aktuellen mietenpolitischen Bewegungen in Berlin und New York also gelingt, von individuellen Erfahrungen zu abstrahieren und eine

universelle politische Kollektivität zu formieren, ist doch die Verbreiterung hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung in beiden betrachteten Kontexten bislang ausgeblieben. Gründe für diese Beschränkung der politischen Kollektivität sieht Vollmer darin, dass erstens die Narrative und Forderungen der Bewegungen auf das Thema Wohnen begrenzt bleiben, sie zweitens in ihrer Reichweite kaum über den eigenen Stadtteil oder die Stadt hinausreichen sowie drittens die dauerhafte Organisation über die Grenzen der Mittelschicht hinaus nur selten gelingt. Verantwortlich dafür seien zum einen strukturelle Bedingungen und soziale Verwüstungen in einer entsolidarisierten und vereinzelt Gesellschaft, die universalisierende Praktiken generell erschweren, indem sie grenzenlose Freiheit im individuellen Leben vortäuschen und zugleich absolute Ohnmacht in gesellschaftlichen Fragen suggerieren. Verstärkt würden derartige Ohnmachtserfahrungen aber zum anderen auch durch eine gegenhegemoniale Fixierung im linken Denken, welches oft im Modus der Kritik verbleibe und es versäumt habe, einen positiven Bezugsrahmen oder eine „konkrete Utopie als Alternative zur neo-liberalen Hegemonie“ (S. 283) aufzubauen.

Insgesamt ist die Arbeit von Vollmer in vielerlei Hinsicht hochspannend und äußerst lesenswert. Sie bietet erstens pointierte „Schlaglichter“ (S. 46) auf die Geschichte mietenpolitischer Bewegungen in Berlin und New York seit dem 19. Jahrhundert. Dadurch kann sie darlegen, wie sich die Ausprägung politischer Kollektivität je nach historisch-gesellschaftlichem Kontext wandelt. Relevant ist dies nicht nur für historisch interessierte Leser*innen, da erst diese geschichtliche Einbettung es ermöglicht, die aktuelle Phase städtischer Kämpfe sowohl in Hinblick auf Kontinuitäten – Widersprüche und Konflikte, die mit der Warenförmigkeit des Wohnens in kapitalistischen Gesellschaften einhergehen – als auch in ihrer Spezifik – Formierung einer postidentitären und postautonomen politischen Kollektivität – greifbar zu machen.

Zweitens leistet sie einen bedeutenden theoretisch-konzeptionellen Beitrag zur kritischen Gesellschaftstheorie im Allgemeinen und zur Bewegungsforschung im Speziellen. Die Integration marxistischer und poststrukturalistischer Ansätze zur Analyse der Formierung politischer Kollektivität verbindet überzeugend und kohärent ein nichtessentialistisches Verständnis politischer Subjekte, welches deren Handlungsmacht betont, mit den sich wandelnden Regulationsmodi kapitalistischer Gesellschaften, wodurch zugleich auch der Einfluss gesellschaftlicher Strukturen beziehungsweise sedimentierter Beziehungen konzeptuell gefasst werden kann.

Darüber hinaus gelingt es Vollmer drittens – unter anderem aufgrund ihrer Doppelrolle als Forscherin und Aktivistin und der damit einhergehenden Nähe zu ihrem Untersuchungsfeld –, Ergebnisse zu produzieren, die nicht nur für akademische Kreise interessant und für gesellschaftstheoretische Debatten erkenntnisreich sind. Auch wenn sie erklärtermaßen keine aktivistische Stadtforschung betreibt, welche ihre Fragestellungen direkt aus der aktivistischen Praxis ableitet und/oder kooperativ mit stadtpolitischen Initiativen forscht, ist ihre Arbeit doch ebenso lesenswert für Akteur*innen städtischer Bewegungen. Indem sie konkrete Handlungsoptionen, die in der politischen Praxis entwickelt worden sind, herausarbeitet und gesellschaftstheoretisch reflektiert, macht sie zum einen Möglichkeiten für

gesellschaftliche Veränderungen fassbar und bietet zum anderen kritische Anregungen für bewegungsnahe Strategiedebatten (siehe dazu auch Vollmer 2018).

Schließlich kann das Buch aus diesen und weiteren Gründen viertens als wissenschaftliche Fundgrube bezeichnet werden, aus der zahlreiche theoretische und empirische Anregungen für gegenwärtige oder künftige Forschungsarbeiten zu (stadt-)politischen Konflikten erwachsen. Exemplarisch verdeutlicht dies etwa die Masterarbeit von Falk Künstler (2020), die den theoretischen Ansatz von Vollmer aufgreift und bezogen auf eine Vonovia-Siedlung in Frankfurt am Main untersucht, warum dort die Herausbildung einer politischen Kollektivität trotz drastischer Modernisierungs- und Mieterhöhungen relativ schwerfällig verläuft.

Angesichts der wegweisenden historischen, theoretisch-konzeptionellen, empirischen und strategisch-politischen Erkenntnisse ist es der Publikation von Vollmer zu wünschen, dass die vielfältigen Anregungen, die das Buch bietet, auch in weiteren Forschungsarbeiten aufgegriffen werden. Und zwar sowohl, um das theoretisch-konzeptionelle und gegenstandsbezogene Verständnis von Prozessen der Formierung politischer Kollektivität zu schärfen, als auch, um die Praxis wohnungspolitischer Bewegungen zu reflektieren und Handlungsoptionen für gesellschaftliche Veränderungen aufzuzeigen.

Dieser Artikel wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Goethe-Universität Frankfurt gefördert.

Autor_innen

Sebastian Schippers Forschungsschwerpunkte sind Stadtpolitik, politische Ökonomie des Wohnens, Gentrifizierung und städtische soziale Bewegungen.
s.schipper@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Birke, Peter / Hohenstatt, Florian / Rinn, Moritz (2015): Gentrifizierung, Aktivismus und „Rollenspiele“. Erfahrungen am Hamburger Stadtrand. In: Sozial.Geschichte Online 16, 53-88.
- Bradley, Quintin (2014): The tenants' movement. Resident involvement, community action and the contentious politics of housing. London: Routledge.
- Diesselhorst, Jonathan (2018): Wenn stadtpolitische Bewegungen das Terrain des Staats betreten. Zwischen Berliner Mietenvolksentscheid und „Wohnraumversorgungsgesetz“. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48/2, 265-282.
- Gray, Neil (Hg.) (2018): Rent and its discontents. A century of housing struggles. London/ New York: Rowman & Littlefield International.
- Künstler, Falk (2020): Wohnen um jeden Preis!? Prekäre Wohnsituationen und Prozesse politischer Kollektivierung. Frankfurt am Main: Unveröffentlichte Masterarbeit am Fachbereich 11 der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Madden, David / Marcuse, Peter (2016): In defense of housing. The politics of crisis. London/New York: Verso.
- Mattern, Philipp (Hg.) (2018): Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin. Berlin: Bertz + Fischer.
- Rink, Dieter / Vollmer, Lisa (2019): „Mietenwahnsinn stoppen!“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32/3, 337-349.

- Scheller, David (2019): Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City. Bielefeld: transcript.
- Schipper, Sebastian (2018): Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogelpohl, Anne / Vollmer, Lisa / Vittu, Elodie / Norma, Brecht (2017): Die Repolitisierung des Wohnens. Städtische soziale Bewegungen für ein Recht auf Wohnen und auf Stadt in Hamburg, Berlin, Jena und Leipzig. In: Barbara Schönig / Justin Kadi / Sebastian Schipper (Hg.), Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: transcript, 105-130.
- Vollmer, Lisa (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling.
- Vollmer, Lisa (2019): Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität. Wiesbaden: Springer VS.
- Wills, Jacob (2016): Building urban power from housing crisis. In: City 20/2, 292-296.